



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Freitag, 1. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Das Vorspiel.

1870.

Freitag, 1. Juli.

Berlin. Drückende Hitze lagert über Europa. Kein Wölkchen scheint den politischen Horizont zu trüben.

Paris. Der Kaiser ist seit einiger Zeit etwas leidend, doch macht er täglich im Park von Saint Cloud Spaziergänge, um zu frischen Kräften zu gelangen. — In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers kam es zu stürmischen Szenen. Zur Verathung stand der Vorschlag der Regierung, das Jahres-Aushebungs-Kontingent auf 90 000 Mann festzusetzen.

Nachdem einige Redner von der Opposition gesprochen, sagt:

Kriegsminister Marschall Leboeuf: „Wir haben die Armee um 10 000 Mann vermindert; das war eine Aufforderung zur Entwaffnung. Allein unser Beispiel ist nicht befolgt, die Kontingente der fremden Staaten sind nicht vermindert worden; im Gegentheil hat Preußen, wie im Vorjahre, wieder 95 000 Mann ausgehoben. Als ich in eine Reduktion von 10 000 Mann willigte, geschah dies, weil ich mich friedfertig zeigen wollte wie das Ministerium. Wenn der Friede erhalten wurde, so hatte dies seinen Grund darin, daß wir stark sind. Die Ueberzeugung von der Stärke und Schlagfertigkeit der französischen Armee erhält den Frieden. Alle Welt ohne Ausnahme will den Frieden. . . Oesterreich wurde nur besiegt, weil unvorsichtige Reduktionen seines Armeebudgets es entwaffnet hatten. Den Fehlern der Regierung dürfen wir nicht die der Opposition noch beifügen.“ Kurz, der Marschall ist für einen „imposanten“ Frieden und verlangt, auf ein Kontingent von 100 000 Mann zurückzukommen. Doch will er, um allen Wünschen Rechnung zu tragen, mit 90 000 Mann sich begnügen und die Bestimmungen des Gesetzes von 1868 sich gefallen lassen. Nach diesen Erklärungen würde allem Anschein nach die Diskussion sich nicht weiter erhitzen haben, wenn nicht Herr Thiers geglaubt hätte, mit seinem Ansehen und seiner bedeutenden Beredtsamkeit der Regierung noch weiter beizuspringen. Er hielt eine längere Rede, deren Inhalt lautete:

„Ehemals hatte Preußen 19 Millionen Menschen zu seiner Disposition. Heute, bei seinen obligatorischen Offensiv- und Defensiv-Allianzen mit Süddeutschland, disponirt es über 40 Millionen. Verkennen Sie nicht die durch die Ereignisse von 1866 bewirkten Veränderungen. Anstatt eines föderalen, für den Frieden organisirten, zur Vertheidigung allmächtigen, zum Angriff unmächtigen Deutschlands haben sie nun eine fürchterliche Militärmacht. An deren Spitze steht ein überlegener Mann [Bismarck], der heute für den Frieden ist und in diesem Augenblick keine Ruheförderung bezweckt, allein der 40 Millionen Menschen zur Verfügung hat. Angesichts dieser Macht bedarf es einer neuen, beträchtlicheren Militär-Organisation. Auf allen Bänken dieser Kammer herrscht gleicher Patriotismus; aber der Patriotismus genügt nicht. In solcher Sache sich täuschen, wäre noch unheilvoller, als an Patriotismus es fehlen zu lassen.“ Als warnendes Beispiel dafür führt sodann der Redner Oesterreich an, welches bei Sadowa nur besiegt worden sei, weil es unvorsichtiger Weise an seinem Armeebudget gespart habe. [?] „Vor ähnlichen Irrthümern müssen wir uns hüten. Fügen wir nicht den Fehlern, welche die Regierung in früherer Zeit begangen hat, noch die Fehler der Opposition bei. Wir würden das thun, wenn wir den Bedingungen der Lage nicht Rechnung trügen, wenn wir dächten, daß es von uns abhinge, die Mächte zur Entwaffnung zu bewegen. Damit Preußen wirklich entwaffnete, wäre es nöthig — nicht daß es seine Armee reduzirte —, sondern daß es den Nordbund und die Verträge mit den Südstaaten auflöste. Dieser Bund, diese Verträge

— das sind seine Rüstungen: es wird dieselben nicht aufgeben. Von Entwaffnung also reden, heißt mit einer Chimäre liebäugeln. Alle Welt ist auf dem Friedensstand; nur für Preußen ist dieser Friedensstand ein verdoppelter. Ich bin für den Frieden; aber um den Frieden zu haben, ist es nöthig, daß wir stark sind. Ich würde das Gesetz von 1831 mit sieben Kontingenten zu 100 000 Mann vorziehen, und ich hoffe, daß man darauf zurückkommen wird; aber unter den gegenwärtigen Umständen ist ein Kontingent von 90 000 Mann kaum das Nöthigste. Man darf sich keine Illusionen machen; darum beschwöre ich alle Welt, den Ernst der Lage zu bedenken, und ich bitte Sie, Ihre Schuldigkeit zu thun als gute Patrioten und gute Franzosen!“

Minister Olivier erklärte, die Regierung hege keinerlei Besorgnisse; zu keiner Zeit sei die Aufrechterhaltung des Friedens gesicherter gewesen als jetzt, nirgendwo existire eine beunruhigende Frage.

J. Favre, der schon vor Thiers eine Oppositionsrede gehalten, besteigt die Tribüne und ruft: „Wenn das Alles wahr ist, warum denn nicht entwaffnen?“ Eine weitere Erwiderung gestattet ihm indeß das Murren und der Lärm der Rechten nicht, welche ungestüm auf Schluß der Debatte dringt, während die Linke die Vertagung auf morgen verlangt. Unter unbändigem Tumulte verläßt J. Favre die Rednerbühne. Man ruft nach Abstimmung. Herr Leroux, welcher präsidiert, weiß sich nicht zu helfen und setzt vergebens die Glocke in Bewegung. Endlich wird durch Aufstehen die Vertagung abgelehnt; allein die Linke verlangt namentliche Abstimmung. Die Deputirten wollen sich dazu nicht verstehen, da es bereits halb acht Uhr ist, und machen sich nach Hause. Ohne Schluß nimmt die Sitzung ein Ende.

In der heutigen Sitzung wurde die Verathung fortgesetzt. Dieselbe nahm einen sehr ruhigen Verlauf und endete mit der Annahme des Kontingentirungs-Vorschlags der Regierung mit 203 gegen 31 Stimmen.

Samstag, 2. Juli.

Berlin. Die hiesigen Blätter berichten von der Absicht eines Besuches des Kaisers Napoleon beim König Wilhelm in Ems, welcher als Gegenbesuch angesehen wird für den Besuch, den König Wilhelm in Gemeinschaft mit dem Kaiser von Rußland in Paris abstattete.

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers kam die Petition der Prinzen von Orleans auf Aushebung des Verbannungs-gesetzes zur Verhandlung. Dieselbe wird abgelehnt, namentlich auf Betreiben Grevy's, welcher sagt, es sei ihm unmöglich, in der Petition der Prinzen von Orleans nur den einfachen Wunsch des Bürgers zu erblicken, der in das Vaterland zurückkehren wolle. Es liege in der Form der Petition, in der Art und Weise, wie sie unterstützt werde, die Tragweite einer monarchischen Aspiration. Wenn ein Republikaner einen solchen Akt unterstütze, so sei er entweder Mitschuldiger oder Betrogenener.

Sonntag, 3. Juli.

Paris. Das Telegraphen-Büreau „Havas“ verbreitet eine ihm aus Madrid zugegangene Meldung, wonach das spanische Ministerium beschloffen hat, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens anzubieten. Eine Deputation, welche beauftragt ist, den Prinzen hiervon zu verständigen, soll bereits, wie versichert wird, nach Deutschland abgereist sein.

Montag, 4. Juli.

Berlin. Der hiesige Geschäftsträger Frankreichs erschien heute im Auswärtigen Amte, um der „peinlichen Ueberraschung“ Ausdruck zu geben, welche die Annahme